

Der Bundesvoranschlag 1972

Der Aufsatz bespricht den Bundesvoranschlag 1972 an Hand der ökonomischen Gliederung der Bundesausgaben und -einnahmen und analysiert seine konjunkturpolitischen Wirkungen.

Allgemeine Charakteristik

Der *Bundesvoranschlag 1972* sieht Gesamtausgaben von 122 82 Mrd. S (davon 118 80 Mrd. S in der ordentlichen und 4 02 Mrd. S in der außerordentlichen Gebarung) und Gesamteinnahmen von 112 99 Mrd. S vor. Der veranschlagte Gebarungsabgang von 9 83 Mrd. S (Brutto-Defizit) wird sich durch die Erhöhung der Tabakwarenpreise, die im Bundesvoranschlag noch nicht berücksichtigt wurde, um etwa 400 Mill. S reduzieren. Er wird damit etwas geringer sein als im Bundesvoranschlag 1971. Das inlandswirksame Defizit (nach Ausschaltung der Schuldentilgungen, der Zahlungen an das Ausland und der Dotierung des Reservefonds für Familienbeihilfen) beträgt unter Berücksichtigung dieser Mehreinnahmen 1 85 Mrd. S (Bundesvoranschlag 1971: 2 67 Mrd. S). Sollte die wirtschaftliche Entwicklung im Jahr 1972 den verstärkten Einsatz öffentlicher Ausgaben erfordern, ist ein Konjunkturausgleich-Voranschlag mit Ausgaben von 2 77 Mrd. S vorgesehen.

Die Einnahmen sollen im Vergleich zum Voranschlag 1971 etwas stärker steigen (+12%) als die Ausgaben (+11%). Die tatsächliche Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben weicht jedoch 1971 vom Voranschlag ab. Da die Wirtschaft rascher wuchs als bei Erstellung des Budgets vorausgesehen werden konnte, ist mit Mehreinnahmen von etwa 3 Mrd. S zu rechnen, davon 2 Mrd. S aus öffentlichen Abgaben.

Der Bundesvoranschlag 1972

	1971	1972 ¹⁾	Veränderung	
	Mill. S	Mill. S	in	%
Ordentliche Gebarung				
Ausgaben	107.055	118.803	+11.748	+11,0
Einnahmen	100.875	112.863	+11.988	+11,9
Abgang	6.180	5.940	- 240	- 3,9
Außerordentliche Gebarung				
Ausgaben	3.690	4.017	+ 327	+ 8,9
Einnahmen	40	125	+ 85	+212,5
Gesamtgebarungsabgang	9.830	9.832	+ 2	+ 0,0
Gesamtausgabenrahmen	110.745	122.820	+12.075	+ 10,9

¹⁾ Ohne Berücksichtigung der Mehreinnahmen aus der Tabakwarenpreiserhöhung.

Im Vergleich zum *voraussichtlichen Erfolg 1971* wurden die Einnahmen für 1972 nur um 9% höher angesetzt.

Von den Ausgaben wurden Anfang 1971 rund 2 Mrd. S Ermessenskredite gebunden. Diese Bindung wurde gegen Jahresende zur Hälfte aufgehoben, die andere Hälfte soll Rücklagen zugeführt werden. Auch andere Ausgabenansätze wurden nicht voll ausgeschöpft. Dem stehen allerdings die Mehrausgaben der beiden Budgetüberschreitungsgesetze (insgesamt 2 92 Mrd. Schilling, wovon jedoch etwa 0,8 Mrd. S für vorzeitige Tilgungen von Auslandsschulden bestimmt sind und daher nicht inlandswirksam werden) und sonstige Überschreitungsgenehmigungen des Finanzministeriums gegenüber. Unter Berücksichtigung aller dieser Umstände ist für 1971 nur mit einem geringen inlandswirksamen Defizit, etwa in der gleichen Höhe wie 1970, zu rechnen.

Geht man vom *voraussichtlichen Erfolg 1971* aus, dann wird das inlandswirksame Defizit 1972 um etwa 1 6 Mrd. S größer sein als 1971. Das Budget wird daher im kommenden Jahr leicht expansiv wirken und die heimische Konjunktur stützen. Das gilt selbst dann, wenn die Ausgaben des Konjunkturausgleichshaushaltes nicht freigegeben werden.

Zu einer ähnlichen Aussage kommt man auf Grund der *Finanzierungssalden*¹⁾. Sie zeigen, wie die Entzugseffekte der Einnahmenbeschaffung, insbesondere der Besteuerung, durch die Ausgaben kompensiert werden. Eine Veränderung des Finanzierungssaldos in positiver Richtung bedeutet, daß die Entzugseffekte stärker geworden sind und das Budget restriktiv wirkt; eine Veränderung in negativer Rich-

¹⁾ Diese Darstellung verzichtet auf die wegen Zurechnungsschwierigkeiten etwas problematische Trennung zwischen Inlands- und Auslandstransaktionen. Ihr Hauptvorteil liegt darin, daß der Saldo in Komponenten aufgespalten wird, die eine unterschiedliche Multiplikatorwirkung haben können. Der inlandswirksame Saldo und der Finanzierungssaldo entwickeln sich nicht immer gleich. 1971 z. B. wird der inlandswirksame Saldo voraussichtlich nur so hoch sein wie 1970, wogegen die Finanzierungsrechnung einen expansiven Effekt von etwa 500 Mill. S ergibt.

Entwicklung der Budgetsalden

	Budgetdefizit		Netto-Defizit in Prozent von	
	brutto Mrd S	netto ¹⁾	Budget- summe	Brutto- National- produkt
1958	5,5	4,6	11,5	3,4
1965	3,9	0,5	0,7	0,2
1966	3,7	0,9	1,2	0,3
1967	7,8	4,2	5,2	1,5
1968	8,5	4,3	5,0	1,4
1969	7,2	0,8	0,9	0,2
1970	7,2	0,1	0,1	0,0
1971 ¹⁾	9,8	2,7	2,4	0,7
1972 ²⁾	9,8	2,3	1,9	0,5

¹⁾ Inlandwirksames Netto-Defizit — ²⁾ Laut Bundesvoranschlag

tung, daß die Ausgaben die Entzugseffekte überkompensieren und das Budget expansiv wirkt.

Im Jahre 1972 wird der Finanzierungssaldo durch folgende Komponenten positiv oder negativ beeinflusst werden: Die laufenden Einnahmen der Hoheitsverwaltung werden kräftig zunehmen, nicht zuletzt auf Grund der Progressionswirkung des Steuersystems, die mit etwas mehr als 2 Mrd. S angenommen werden kann. Die laufenden Ausgaben werden schwächer steigen als die laufenden Einnahmen; vor allem der Personalaufwand wird nur unterdurchschnittlich ausgeweitet und die Zahlungen für Staatsschuldzinsen gehen sogar absolut zurück. Der Überschuß der Hoheitsverwaltung in laufender Rechnung wird daher 1972 kräftig zunehmen. Das gilt selbst dann, wenn man berücksichtigt, daß er 1971 infolge von Mehreinnahmen um mehr als 2 Mrd. S höher sein wird, als veranschlagt wurde. Dieser dämpfende Effekt wird durch zusätzliche Investitionen und Kapitaltransfers, die hauptsächlich der Investitionsförderung dienen, knapp kompensiert. Die Vermögensveränderungen (hauptsächlich Liegenschaftskäufe) beeinflussen nur die Liquidität der Wirtschaft und können daher in einer Konjunkturanalyse vernachlässigt

Finanzierungssalden

(Auf Basis volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung)

	1970	1971 ¹⁾	1972 ²⁾
	Mill S		
Laufende Einnahmen	71.838	77.131	87.478
Laufende Ausgaben	-62.541	-69.306	-75.639
Laufender Überschuß (Sparen)	9.297	7.825	11.839
Minus Brutto-Investitionen	-5.228	-6.552	-7.326
Saldo einkommenswirksamer Transaktionen	4.069	1.273	4.513
Kapitaltransfer (netto)	-1.355	-1.502	-2.533
Vermögensänderung (netto)	-588	-551	-654
Finanzierungssaldo ³⁾	2.126	-780	1.326
Betriebsabgänge	-3.001	-3.688	-5.093

¹⁾ Der Finanzierungssaldo erhöht sich durch Mehreinnahmen, Rücklagen-dotierungen und vorzeitige Tilgungen um rund 2,4 Mrd. S. Der tatsächliche Finanzierungssaldo kann daher für 1971 mit 1.620 Mill S angenommen werden. — ²⁾ Unter Berücksichtigung der Mehreinnahmen aus der Tabaksteuer. — ³⁾ Der Finanzierungssaldo umfaßt die Finanztransaktionen (netto). Ein positiver Saldo bedeutet eine Kreditgewährung an andere Sektoren (einschließlich der Bundesbetriebe).

werden. Faßt man diese Transaktionen zusammen, so wird sich der Finanzierungssaldo geringfügig (um etwa 300 Mill. S) in expansiver Richtung ändern. Der expansive Effekt des Budgets wird jedoch durch die Bundesbetriebe verstärkt, die im Bundeshaushalt enthalten sind und deren Finanzierungssaldo vom Bund gedeckt wird.

Die Finanzierung des Budgetabganges (sie erfordert Netto-Kreditaufnahmen von etwa 3,7 Mrd. S) dürfte nicht besonders schwierig sein, da die Aufnahmefähigkeit des inländischen Kapitalmarktes steigt und auch im kommenden Jahr mit einer relativ hohen Netto-Geldkapitalbildung zu rechnen ist.

Die Erstellung des Budgets 1972 schien nach der Mitte 1970 vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen ausgearbeiteten *mittelfristigen Budgetvorschau* für die Jahre 1970 bis 1974 besonders schwierig zu werden. Die Vorschau ergab nach allen Varianten für 1972 die höchsten Abgänge der Vorschauperiode. Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, wurden noch 1970 die Sonderabgaben vom Einkommen und Vermögen bis Ende 1972 verlängert. Außerdem wurde beschlossen, daß der Bund 1971 und 1972 nur eine Ausfallhaftung in der Pensionsversicherung übernimmt, aber keine Reservenbildung finanziert. Im Jahr 1971 wurden zusätzliche Maßnahmen ergriffen: Die Alkoholsteuer, die Ende 1971 ausgelaufen wäre, wurde unbefristet verlängert und Auslandskredite wurden konvertiert oder vorzeitig getilgt. Dadurch konnte das Budget 1972 um rund 3,2 Mrd. S entlastet werden. Die Erhöhung der Preise für Tabakwaren läßt zusätzlich Mehreinnahmen an Tabaksteuer von etwa 400 Mill. S erwarten. Nicht zuletzt haben die konjunkturbedingten Mehreinnahmen 1971 die Erstellung des Budgets 1972 erleichtert. Eine dauerhafte Budgetsanierung steht jedoch noch aus. Schon 1973 wird die Budgetpolitik neuerlich vor großen Problemen stehen, denn die Budgetsanierungsmaßnahmen von 1970 und der alte Finanzausgleich laufen aus, außerdem wurde eine substantielle Lohn- und Einkommensteuersenkung gefordert und grundsätzlich bereits zugesagt. Im Falle eines Interimsabkommens mit der EWG müßte ferner mit einem Rückgang der Zolleinnahmen und im Falle der Einführung der Mehrwertsteuer mit einer temporären Finanzierungslücke gerechnet werden.

Die Bundesausgaben

Von den drei großen Gruppen der öffentlichen Ausgaben (Käufe von Gütern und Leistungen, Transferzahlungen und Finanztransaktionen) werden die Transferzahlungen am stärksten ausgeweitet (12,5%). Ihr Anteil an den Gesamtausgaben erhöht sich auf 43,1% (1970: 41,6%, 1971: 42,4%). Diese Steigerung geht ausschließlich auf die Erhöhung der Kapital-

transfers um mehr als 1 Mrd. S (65,7%) zurück. Die Käufe von Gütern und Leistungen wachsen mit 9,7% etwas schwächer als die Gesamtausgaben und ihr Anteil sinkt auf 50,3% (1971: 50,9%), hauptsächlich weil der Personalaufwand nur unterdurchschnittlich steigt und der Zinsenaufwand für die Staatsschuld kleiner wird. Auch die Ausgaben für Finanztransaktionen werden (bedingt durch die geringe Zunahme der Schuldentilgungen) nur unterdurchschnittlich ausgeweitet (8,6%), wodurch ihr Anteil an den Gesamtausgaben auf 5,8% sinkt

Die Veränderung in der Ausgabenstruktur läßt auf eine Verstärkung des expansiven Effektes der Ausgaben schließen. Die Ausgaben mit großem Multiplikatoreffekt (Investitionen, sonstige Käufe von Gütern und Leistungen bei Unternehmungen, Investitionsförderungen) steigen stärker als jene, die nicht unmittelbar voll nachfragewirksam werden (Personalaufwand, Zinsenzahlungen, sonstige laufende Transferzahlungen und Finanztransaktionen).

Bundesausgaben in ökonomischer Gliederung

	1970	1971	1972	Veränderung 1972 gegen 1971 in %
	Mill. S			
Käufe von Gütern und Leistungen	51 423	56 377	61 840	9,7
Transferzahlungen	42 323	47 045	52 932	12,5
Finanztransaktionen	7 163	6 590	7 157	8,6
Durchlaufposten	675	733	891	21,6
Gesamtausgaben	101 584	110 745	122 820	10,9

Unter den Käufen von Gütern und Leistungen entfällt mehr als die Hälfte auf den Personalaufwand für aktive Bedienstete. Er erfordert 32,04 Mrd. S, um 9,2% mehr als 1971, wobei die Steigerung in den Betrieben höher (+10,7%) ist als in der Hoheitsverwaltung (+8,2%). Die Ausweitung des Personalaufwandes wurde vor allem durch einen 2%igen Ersparungsabstrich gedämpft. Im Bundesvoranschlag sind Bezüge für 330 480 öffentlich Bedienstete vorgesehen, um etwa 2 200 (0,7%) mehr als im Vorjahr. Der tatsächliche Stand liegt um etwa 3% niedriger. Er ist in den letzten Jahren etwa gleich stark gestiegen wie die präliminierten Stände. Die vorgesehenen zusätzlichen Dienstposten konnten daher großteils besetzt werden.

Es ist beabsichtigt, die Zahl der Lehrpersonen um 3 400 zu erhöhen. Die Post muß ihren Beschäftigtenstand wegen der bevorstehenden Arbeitszeitverkürzung und des forcierten Ausbaues des Fernsprechwesens um fast 600 vergrößern. Dagegen soll trotz Arbeitszeitverkürzung die Zahl der Bundesbahnbediensteten um 2 000 verringert werden, was jedoch vermehrte Überstundenleistungen erfordert. Die Mehrleistungsvergütungen der Bundesbahnen werden um fast 95 Mill. S höher veranschlagt.

Ab 1. Juli 1972 werden die Bezüge auf Grund der längerfristigen Gehaltsvereinbarung um insgesamt 6,5% steigen (3% Gehaltssteigerung plus 3,5% Teuerungsabgeltung). Ferner kostet die Neuregelung des Vorrückungstichtages für den Großteil der vom Bund besoldeten Bediensteten etwa 600 Mill. S und die erste Etappe der Neugestaltung der Lehrerbesehung etwa 300 Mill. S.

Außer im Personalaufwand sind auch im Sachaufwand Posten enthalten, die ihrem ökonomischen Charakter nach den Personalausgaben gleichen, wie Aufwandsentschädigungen, Auslandszulagen, Tagelohn an die Wehrpflichtigen, Entgelte für Werkleistungen usw. Diese Aufwendungen belaufen sich auf etwa 27 Mrd. S und werden im Vergleich zum Vorjahr um 27% steigen.

Ausgaben für Güter und Leistungen

	1970	1971	1972	Veränderung 1972 gegen 1971 in %
	Mill. S			
Personalaufwand (Aktive)				
Hoheitsverwaltung	16 130	17 938	19 415	8,2
Bundesbetriebe	10 500	11 406	12 623	10,7
Summe	26 630	29 344	32 038	9,2
Laufender Sachaufwand				
Hoheitsverwaltung	7 470	7 802	8 448	8,3
Bundesbetriebe	4 536	4 516	5 403	19,6
Summe	12 006	12 318	13 851	12,4
Zinsen				
Inland	1 772	2 152	2 273	5,6
Ausland	955	1 148	974	-15,2
Summe	2 727	3 300	3 247	-1,6
Brutto-Investitionen				
Hoheitsverwaltung	5 228	6 552	7 326	11,8
Bundesbetriebe	3 989	4 173	4 582	9,8
Summe	9 217	10 725	11 908	11,0
Liegenschaften				
Hoheitsverwaltung	756	643	734	14,2
Bundesbetriebe	87	47	62	31,9
Summe	843	690	796	15,4
Gesamtsumme	51 423	56 377	61 840	9,7

Für Investitionen beabsichtigt der Bund 11,9 Mrd. S auszugeben, um 11% mehr als 1971; davon entfallen 7,33 Mrd. S auf die Hoheitsverwaltung und 4,58 Mrd. S auf die Betriebe. Der Anteil der Investitionen an den Gesamtausgaben bleibt mit 9,7% gleich. Der Schwerpunkt der Bauinvestitionen liegt zwar wie in den letzten Jahren auf dem Straßenbau (4,55 Mrd. S), doch ist die Zunahme mit 7,2% unterdurchschnittlich. Für sonstige Bauinvestitionen sind 1,97 Mrd. S vorgesehen, um 18,1% mehr als 1971. Im Hochbauprogramm sind Schulbauten mit 840 Mill. S die wichtigste Post. Die Betriebe beabsichtigen für Bauinvestitionen 1,65 Mrd. S auszugeben, um 12,8% mehr. Für Sonderanlagen (ausschließlich Investitionen im Fernmeldewesen) sollen 1,55 Mrd. S aufgewendet werden.

Aus dem laufenden Sachaufwand fließen ferner etwa 1,4 Mrd. S für Instandhaltungen und 0,22 Mrd. S für Bauten der Landesverteidigung der Bauwirtschaft zu. Berücksichtigt man außerdem, daß an die Länder um 0,68 Mrd. S oder 17,4% mehr zweckgebundene Wohnbaumittel (4,61 Mrd. S) überwiesen werden und daß die für Bauinvestitionen bestimmten Kapitaltransfers und Darlehen um 734 Mill. S (52%) steigen, dann dürften der Bauwirtschaft um etwa 17% mehr Mittel zufließen als 1971. Der Hochbau erhält weit stärkere zusätzliche Impulse als der Tiefbau.

Investitionsaufwand

	1970	1971	1972	Veränderung 1972 gegen 1971 in %
	Mill. S			
Hoheitsverwaltung				
Brutto-Investitionen	5.228	6.552	7.326	11,8
Instandhaltung	939	831	944	13,6
Investitionsförderung	1.690	1.770	2.830	59,9
Summe	7.857	9.153	11.100	21,3
Bundesbetriebe				
Brutto-Investitionen	3.989	4.173	4.582	9,8
Instandhaltung	768	736	790	7,3
Investitionsförderung	9	41	41	0,0
Summe	4.766	4.950	5.413	9,4
Oberweisungen an Länder zur Wohnbauförderung an Wohnbau- und den Wasserwirtschaftsfonds				
	3.865	4.449	5.184	16,5
Gesamtsumme	16.488	18.552	21.697	17,0

Für Maschinen, Fahrzeuge und sonstiges Inventar werden 2,08 Mrd. S ausgegeben, wovon 0,83 Mrd. S auf die Hoheitsverwaltung und 1,25 Mrd. S auf die Betriebe entfallen. In der Hoheitsverwaltung sind fast die Hälfte dieser Investitionen für Unterricht und Forschung bestimmt. Zu beachten ist, daß im Investitionsaufwand der Betriebe 271 Mill. S für Tilgung und Verzinsung der Zwischenfinanzierungen nach dem Fernsprechtariffs-Investitionsgesetz enthalten sind, die nicht unmittelbar nachfragewirksam werden. Besonders stark sind im Bundesvoranschlag 1972 die für Investitionszwecke bestimmten Kapitaltransfers und Darlehen ausgeweitet worden. Die Investitionsförderung soll 2,87 Mrd. S erreichen, um 1,06 Mrd. S mehr als im Vorjahr. Ins Gewicht fallen u. a. die Zuschüsse zum Bau der Wiener U-Bahn (150 Mill. S), der UNO-City (250 Mill. S) und zum Kraftwerk Ottensheim-Wilhering (161 Mill. S).

Zu dem im Budget enthaltenen Investitionsausgaben kommen Finanzierungen, die extrabudgetär verrechnet werden. Den Bundesbahnen sollen auf diesem Weg zusätzlich 500 Mill. S für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Im Straßenbau vergeben drei Autobahn-Aktiengesellschaften Aufträge, zu denen noch eine Gleinalm-Autobahn AG kommt. Auch auf anderen Gebieten, wie im Schulbau, werden zusätzliche Finanzierungsmittel durch neuere Finanzierungsmethoden (Leasing) aufgebracht.

Schließlich trägt der Bund durch die Übernahme von Haftungen indirekt zur Investitionsfinanzierung bei. Ende 1970 betrug das Haftungsobligo (nur Kapitalbeträge) des Bundes 43,3 Mrd. S. Der Bund übernimmt in der Regel auch die Haftung für Zinsen und Kosten des zu beschaffenden Kredites. Das tatsächliche Haftungsobligo ist daher höher. Die Belastung des Budgets durch die Haftungsübernahme ist sehr gering. Im Budget 1972 sind für Haftungsansprüche 114 Mill. S vorgesehen, wovon der größte Teil auf Haftungen nach den Ausfuhrförderungsgesetzen entfällt, die durch Einnahmen mehr als ausgeglichen werden.

Der laufende Sachaufwand (einschließlich der Instandhaltung) ist mit 13,85 Mrd. S (+12,4%) präliminiert, wovon 8,44 Mrd. S auf die Hoheitsverwaltung und 5,40 Mrd. S auf die Betriebe entfallen. Er enthält eine Vielzahl sehr heterogener Posten, darunter auch solche, die zum Personalaufwand zu rechnen wären oder investitionsähnlichen Charakter haben. Im laufenden Sachaufwand sind außerdem die gesamten Sachausgaben für die Landesverteidigung von 2,6 Mrd. S enthalten, um 10% mehr als im Bundesvoranschlag 1971. Davon werden 860 Mill. S für Waffenkäufe im Ausland verwendet und damit nicht inlandswirksam.

Für die zweite große Hauptgruppe, die laufenden Transferzahlungen, sind im Budget 1972 50,26 Mrd. S

Transferzahlungen

	1970	1971	1972	Veränderung 1972 gegen 1971 in %
	Mill. S			
Laufende Transfers				
Hoheitsverwaltung				
An private Haushalte	20.461	22.615	24.979	10,5
Unternehmungen	1.698	1.718	1.732	0,8
Gebietskörperschaften, Fonds und Kammern	2.878	3.363	3.751	11,5
Sozialversicherungsträger	11.011	12.372	13.821	11,7
Ausland	166	198	246	24,2
Summe	36.214	40.266	44.529	10,6
Bundesbetriebe				
Private Haushalte	4.063	4.597	5.146	11,9
Gebietskörperschaften, Fonds und Kammern	573	562	578	2,9
Ausland	5	6	6	0,0
Summe	4.641	5.165	5.730	10,9
Laufende Transfers Summe	40.855	45.431	50.259	10,6
Kapitaltransfers				
Hoheitsverwaltung				
An private Haushalte	191	172	221	28,5
Unternehmungen	361	450	890	97,8
Gebietskörperschaften, Fonds und Kammern	910	992	1.563	57,6
Summe	1.462	1.614	2.674	65,7
Bundesbetriebe				
Ausland	7	—	—	—
Kapitaltransfers Summe	1.469	1.614	2.674	65,7
Transfers insgesamt	42.324	47.045	52.933	12,5

vorgesehen Sie steigen um 10,6%, etwas weniger als die Gesamtausgaben. Diese Ausgaben enthalten auch Zuschüsse zu Instandhaltungsarbeiten und Investitionen, die expansiver wirken als die Transferausgaben im allgemeinen. Dazu zählen u. a. die Zuschüsse zur Wildbach- und Lawinerverbauung (365 Mill. S) und die Überweisungen an die Länder für die Erhaltung und den Ausbau der Bundesstraßen und Autobahnen (611 Mill. S). Andererseits sind in den Transferzahlungen Ausgaben enthalten, die nicht einkommenswirksam werden, wie die Überweisung an den Reservefonds für Familienbeihilfen (310 Mill. S). Der Großteil der laufenden Transfers kommt den privaten Haushalten zugute. Neben den direkten Transfers (30,13 Mrd. S oder 10,7% mehr als im Vorjahr) werden nach der gegenwärtigen Rechtslage auch die Transfers an die Sozialversicherung fast ausschließlich an private Haushalte weitergeleitet. Die direkten Transfers an Haushalte, die Transfers an die Sozialversicherung und die Personalausgaben für die aktiven Bediensteten (einschließlich der im laufenden Sachaufwand enthaltenen Posten) machen zusammen etwa 78,6 Mrd. S aus, mehr als 60% der Gesamtausgaben des Budgets. Sie steigen im Vergleich zum Bundesvoranschlag 1971 um 11%.

Die laufenden Transfers an die Gebietskörperschaften und Fonds erhöhen sich hauptsächlich wegen der erstmals veranschlagten Überweisung an den Re-

servefonds für die Familienbeihilfen (310 Mill. S). Die laufenden Transfers an die Unternehmungen (fast zur Hälfte Preisausgleichsmaßnahmen und Zinszuschüsse für die Landwirtschaft) stagnieren.

Die *Kapitaltransfers*, die hauptsächlich für Investitionen in anderen Wirtschaftsbereichen bestimmt sind, wurden stark ausgeweitet (von 1,61 Mrd. S auf 2,67 Mrd. S oder 65%). Darunter fallen außer den im Abschnitt Investitionen angeführten Vorhaben vor allem Förderungsmaßnahmen für die Landwirtschaft. Der Bundeshaushalt 1972 sieht ein Bergbauern-Sonderprogramm mit Ausgaben von 300 Mill. S vor, wovon 250 Mill. S auf Kapitaltransfers zur Verbesserung der Struktur und der Produktionsgrundlagen und 50 Mill. S als laufende Transfers für leistungsgebundene Zuschüsse an Extrembetriebe entfallen. Die übrigen im Grünen Plan vorgesehenen Förderungsmaßnahmen bleiben gleich.

Für *Finanztransaktionen* sind 1972 7,16 Mrd. S präliminiert. Sie werden damit nur unterdurchschnittlich zunehmen (8,6%), ihr Anteil an den Gesamtausgaben geht auf 5,8% zurück. Die Schuldentilgungen steigen nur schwach, wogegen mehr Mittel für den Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren sowie für die Gewährung von Darlehen vorgesehen sind. Für Schuldentilgungen werden 5,68 Mrd. S (+4,2%) bereitgestellt, davon 4,42 Mrd. S (+3,3%) für Inlandschulden und 1,26 Mrd. S (+7,5%) für Auslandschulden. Durch Konvertierungen und vorzeitige Tilgungen im Jahr 1971 konnten 1972 die Tilgungen für Auslandschulden von den ursprünglich geschätzten 3,2 Mrd. S auf 1,2 Mrd. S und die Zinsenzahlungen an das Ausland von 1,15 Mrd. S auf 0,97 Mrd. S gesenkt werden. Der Gesamtstand an Finanzschulden wird Ende 1971 voraussichtlich etwas geringer sein als Ende 1970.

Die übrigen Finanztransaktionen werden 1972 stark ausgeweitet. Für den Erwerb von Beteiligungen sind 765 Mill. S vorgesehen, wovon 567 Mill. S auf inländische und 198 Mill. S auf ausländische Beteiligungen (nahezu ausschließlich Beiträge zu internationalen Finanzinstitutionen) entfallen. Im Inland wird das Kapital der ÖIAG um 135,3 Mill. S und das der Elektrizitätswirtschaft um 285 Mill. S (1971: 163 Mill. S) aufgestockt. Die übrigen Beteiligungen halten sich etwa auf Vorjahreshöhe.

Die Wertpapierkäufe (176 Mill. S) erstrecken sich vornehmlich auf Bundestitel, die zwecks Tilgung (freier Rückkauf) oder zur Marktpflege erworben werden. Die Gewährung von Darlehen spielt im Bundeshaushalt nur eine untergeordnete Rolle. 1972 sind 433 Mill. S vorgesehen, davon 257 Mill. S zur Investitionsförderung. Der überwiegende Teil dieser Darlehen (168 Mill. S) wird Unternehmungen gewährt, an

Finanztransaktionen

	1970	1971	1972	Veränderung 1972 gegen 1971
	Mill. S			in %
Hoheitsverwaltung				
Schuldentilgung				
Inland	3 873	4 279	4 420	3,3
Ausland	1 106	1 175	1 263	7,5
	4 979	5 454	5 683	4,2
Darlehensgewährung				
An Gebietskörperschaften und Fonds				
Unternehmungen	275	177	202	14,1
Private Haushalte	105	159	189	18,9
Ausland	36	—	—	—
	417	337	392	16,3
Erwerb von Wertpapieren				
Inland	37	53	46	-13,2
Ausland	73	66	130	97,0
	110	119	176	47,9
Erwerb von Beteiligungen				
Inland	594	340	567	66,8
Ausland	56	200	198	-1,0
	650	540	765	41,7
Rücklagenzuführung				
Summe Hoheitsverwaltung	7 092	6 450	7 016	8,8
Bundesbetriebe				
Darlehensgewährung				
An Haushalte	71	99	102	3,0
Sonstige	—	41	39	-4,9
Gesamtsumme	7 163	6 590	7 157	8,6

denen der Bund beteiligt ist. Die übrigen Darlehen sind zum größten Teil Bezugsvorschüsse an öffentlich Bedienstete und werden vorwiegend Konsumzwecken zugeführt.

Die Bundeseinnahmen

Der Großteil der Einnahmen des Bundes entfällt auf die öffentlichen Abgaben. Sie sollen 1972 67,92 Mrd. S oder 60% der auf 112,99 Mrd. S geschätzten Gesamteinnahmen erbringen. Ihr Anteil an den Einnahmen wird ständig größer, er stieg von 54,3% im Jahr 1967 auf 60,1% im Jahr 1972. Die steuerähnlichen Einnahmen (Arbeitslosenversicherungsbeiträge, Beiträge zum Familienlastenausgleich usw.) werden 1972 auf 12,2 Mrd. S (10,8% der Einnahmen) geschätzt. Die sonstigen laufenden Transfereinnahmen sind mit 2,50 Mrd. S, die übrigen laufenden Einnahmen mit 4,45 Mrd. S präliminiert. Ihre Anteile an den Gesamteinnahmen sind mit 2,2% und 3,9% annähernd gleich hoch wie im Vorjahr. Aus der Vermögensgebarung (Verkäufe von Anlagevermögen, Wertpapieren und Beteiligungen, Darlehensrückzahlungen, Rücklagenauflösungen) werden Einnahmen von 1,57 Mrd. S (1,4%) erwartet. Die Bundesbetriebe rechnen mit Einnahmen von 23,45 Mrd. S oder 20,7% der Gesamteinnahmen (1967 waren es noch 23,9%). Die Durchlaufposten machen 0,9 Mrd. S (0,8%) aus.

Bundeseinnahmen in ökonomischer Gliederung

	1970	1971	1972	Veränderung 1972 gegen 1971 in %
	Mill. S			
Hoheitsverwaltung				
Steuern	55 110	59 571	67 923	14,0
davon direkte	18 991	20 760	24 292	17,0
indirekte	36 119	38 811	43 631	12,4
Steuerähnliche Einnahmen	10 521	11 316	12 205	7,9
Sonstige laufende Transfers	2 025	2 267	2 497	10,1
Sonstige laufende Einnahmen	4 181	3 977	4 453	12,0
Einnahmen aus Vermögensgebarung	1 024	1 292	1 569	21,4
Summe	72 861	78 423	88 647	13,0
Betriebseinnahmen	20 830	21 760	23 450	7,8
Durchlaufposten	675	733	891	21,6
Gesamteinnahmen	94 366	100 916	112 988	12,0

an Tabaksteuer von etwa 400 Mill. S erbringen wird, konnte im Bundesvoranschlag noch nicht berücksichtigt werden¹⁾.

Die Brutto-Erträge an öffentlichen Abgaben werden 1972 auf 105,47 Mrd. S geschätzt, um 14,3% höher als im Voranschlag 1971. Nach Abzug der Überweisungen an Länder, Gemeinden und sonstige Rechtsträger verbleiben dem Bund 67,92 Mrd. S, um 14% mehr. Das tatsächliche Steueraufkommen wird 1971 um etwa 2 Mrd. S über dem Voranschlag liegen. Besonders die Lohnsteuer (600 Mill. S), die Umsatzsteuer samt Zuschlägen (750 Mill. S) und die Zölle (450 Mill. S) werden beträchtliche Mehreinnahmen erbringen. Bezogen auf den voraussichtlichen Erfolg 1971 wird im Budget 1972 eine Steigerung der Steuererträge von brutto 11% und netto 10% angenommen, etwas mehr als voraussichtlich das nominelle Brutto-Nationalprodukt wachsen wird.

Die direkten Steuern werden, wie seit 1968, stärker steigen (+18%) als die indirekten (+11,5%). Eine grobe Aufgliederung nach Steuerträgern, wobei allfällige Erbschaftsteuer- und Vermögensteuerzahlungen der Unselbständigen nicht erfaßt werden konnten, läßt erkennen, daß die Steuerleistung der Unselbständigen rascher steigt als die der anderen Steuerträger. Dieser Vergleich bezieht sich nur auf die Gesamtsteuerleistung und nicht auf die Pro-Kopf-Steuerleistung (die Zahl der Unselbständigen steigt und jene der Selbständigen sinkt.) Auch muß betont werden, daß die Aufkommenselastizität keinen Rückschluß auf die einkommensnivellierende Wirkung der direkten Steuern zuläßt. (Auf Grund des gegenwärtigen Tarifes der Einkommensteuer steigen die Netto-Einkommen zwar schwächer als die Brutto-Einkommen, doch ist die Differenz zwischen beiden Steige-

Struktur der Bundeseinnahmen

	1970	1971	1972
	in % der Gesamteinnahmen		
Hoheitsverwaltung			
Steuern	58,4	59,0	60,1
davon direkte	20,1	20,6	21,5
indirekte	38,3	38,4	38,6
Steuerähnliche Einnahmen	11,1	11,2	10,8
Sonstige laufende Transfers	2,2	2,3	2,2
Sonstige laufende Einnahmen	4,4	3,9	3,9
Einnahmen aus Vermögensgebarung	1,1	1,3	1,4
Summe	77,2	77,7	78,5
Betriebseinnahmen	22,1	21,6	20,7
Durchlaufposten	0,7	0,7	0,8
Gesamteinnahmen	100,0	100,0	100,0

Der Bundesvoranschlag 1972 geht im großen und ganzen von den gleichen Steuergesetzen und Tarifbestimmungen aus wie der Voranschlag 1971, wenn man von einigen steuerlichen Maßnahmen geringerer Bedeutung absieht, die im Laufe des Jahres 1971 schlossen wurden und Anfang 1972 in Kraft treten oder in diesem Jahr voll wirksam werden. Dazu zählen die Erhöhung der vorzeitigen Abschreibung von unbeweglichen Anlagegütern, Korrekturen des Gewerbesteuer tarifes (insbesondere die Erhöhung der Freibeträge auf 30.000 S) sowie die Änderung des Bewertungsgesetzes. Die Erhöhung der Tabakwarenpreise Anfang Dezember 1971, die Mehreinnahmen

¹⁾ In der folgenden Übersicht und in der Abbildung konnten die Änderungen aus den Mehreinnahmen bei der Tabaksteuer nicht mehr berücksichtigt werden.

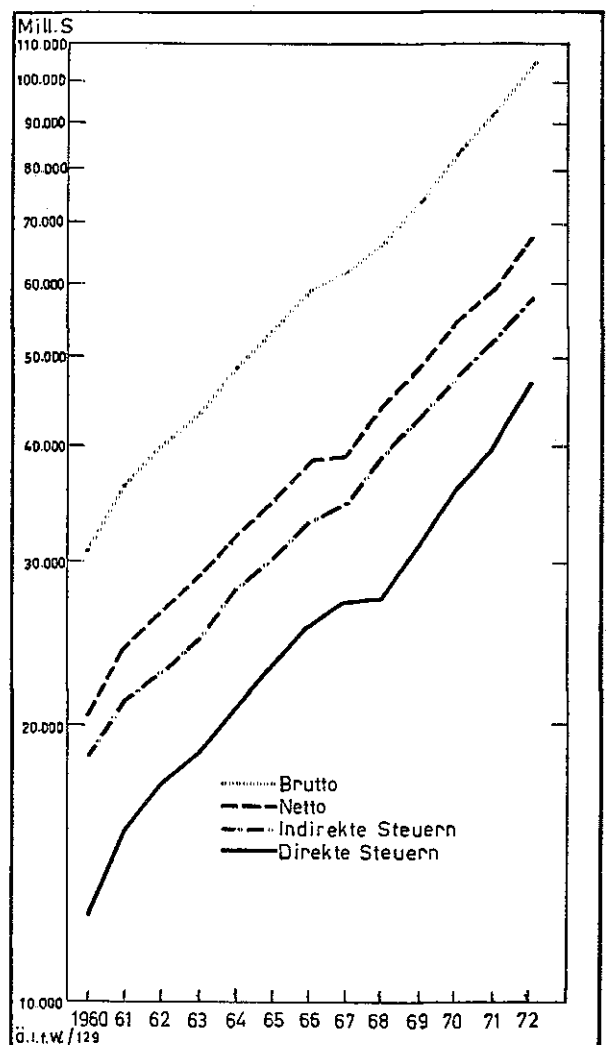
Einnahmen der Hoheitsverwaltung

	1970	1971	1972	Veränd. 1972 geg 1971 in %
	Mill. S			
Direkte Steuern insgesamt	35 967	40 079	47 255	17,9
davon Einkommensteuer	7 196	8 000	9 200	15,0
Lohnsteuer	10 460	11 600	15 000	29,3
Körperschaftsteuer	2 808	3 300	3 600	9,1
Gewerbsteuer u. Bundes- gewerbsteuer	5 449	6 000	6 600	10,0
Vermögensteuer	902	1 000	1 080	8,0
Sonderabgabe vom Einkom- men u. Vermögen	2 530	2 826	3 356	18,8
Beiträge vom Einkommen	5 330	5 913	6 944	17,4
Sonstige	1 292	1 440	1 475	2,4
Indirekte Steuern insgesamt	47 889	52 182	58 210	11,6
davon Umsatzsteuer samt Zuschlag	20 910	47 550	27 150	15,3
Zölle	5 295	5 460	6 500	19,1
Verbrauchssteuern u. Alkoholsonderabgabe	11 943	13 185	14 259	8,2
Stempel und Rechtsgebühren	5 154	5 845	6 530	11,7
Verkehrssteuern	4 406	3 960	3 582	-9,5
Sonstige	181	182	189	3,9
Steuern insgesamt	83 856	92 261	105 465	14,3
Oberweisungen an Länder, Gemeinden, Fonds usw.	28 746	32 690	37 542	14,8
Steuern (netto)	55 110	59 571	67 923	14,0
Steuerähnliche Einnahmen	10 521	11 316	12 205	7,9
davon Arbeitslosenversicherungs- beiträge	1 690	1 910	2 025	6,0
Beiträge zum Familienlasten- ausgleichsfonds	7 792	8 412	9 152	8,8
Preisausgleichseinnahmen	528	472	476	0,9
Sonderbeitrag gemäß § 12 Wohnungsbeihilfengesetz	353	362	387	6,9
Sonstige	158	160	165	3,1
Sonstige laufende Transfer- einnahmen	2 025	2 267	2 497	10,1
davon von öffentlichen Haushalten	1 211	1 241	1 369	10,3
Unternehmungen	74	276	287	4,0
Privaten Haushalten	637	645	733	21,7
Ausland	103	105	108	2,9
Gebühren u. Kostenersatz	1 437	1 394	1 608	15,4
Katastrophenfonds	651	728	877	20,5
Einkommen aus Besitz u. Unter- nehmung	1 048	1 115	1 139	2,2
Sonstige laufende Einnahmen	1 045	740	829	12,0
Summe laufende Einnahmen	71 837	77 131	87 078	12,9
Einnahmen aus der Vermögensgebarung				
Verkäufe von Anlagevermögen	168	92	80	-13,1
Verkäufe von Wertpapieren u Beteiligungen	113	114	108	-5,3
Kapitaltransfers	107	112	141	25,9
Darlehensrückzahlungen	238	214	199	-7,0
Rücklagenauflösung	398	760	1 041	37,0
Summe Vermögensgebarung	1 024	1 292	1 569	21,4
Durchlaufposten	675	733	891	21,6
Einnahmen der Hoheitsverwaltung	73 536	79 156	89 538	13,1

rungsraten über einen großen Bereich der Einkommenskala annähernd konstant.)

Die Verlagerung des Steueraufkommens zu den direkten Steuern, insbesondere zur Lohn- und Einkommensteuer — ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen erhöht sich von 21 1% (1970) auf 22 9% —, ist eine Folge der Progression des Steuersystems. Die Entzugseffekte, die auf die Progression zurückzuführen

Entwicklung der Abgaben



sind, können im Bundeshaushalt 1972 mit rund 22 Mrd. S veranschlagt werden¹⁾.

Direkte Steuern nach Steuerträgern

	1970	1971	1972	Veränd. 1972 gegen 1971 in %
	Mill. S			
Direkte Steuern insgesamt	35 968	40 079	47 255	17,9
Von Unselbständigen	13 715	15 208	19 662	29,3
Selbständigen	10 714	11 909	13 527	13,6
Unternehmungen	10 399	11 738	12 843	9,4
Sonstige	1 140	1 224	1 223	-0,1

Die Steuereinnahmen insgesamt sind im Bundesvoranschlag 1972 realistisch geschätzt worden; im Gegensatz zu den letzten Jahren bestehen kaum stille Reserven. Die veranschlagten Einnahmen an Lohn-

¹⁾ Die Progressionswirkung ergibt sich aus der Differenz zwischen dem veranschlagten Steueraufkommen und einem hypothetischen Aufkommen, das unter der Annahme einer konstanten Steuerbelastungsquote des Brutto-Nationalproduktes errechnet wird.

und Einkommensteuer dürften etwa erreicht werden, sofern die für 1973 zugesagte Tarifsenkung nicht vorgezogen oder akkontiert wird. Die Erträge der Gewerbesteuer sind eher optimistisch geschätzt, wenn man die Änderungen im Gewerbesteuerertrag berücksichtigt, die etwa 200 Mill. S kosten. Ähnliches gilt für das Aufkommen an Umsatzsteuer, das meist nur etwa gleich stark steigt wie das nominelle Brutto-Nationalprodukt

Unter den *steuerähnlichen Einnahmen* sind hingegen die Beiträge zum Familienlastenausgleich sehr vorsichtig geschätzt (+8,8%). Mehreinnahmen würden unter der Annahme, daß nur Ausgaben im Ausmaß des Voranschlags anfallen, dem Reservefond überwiesen und den expansiven Effekt des Budget verringern.

Die „übrigen“ Einnahmen des Bundes entwickeln sich sehr unterschiedlich. Während die Gebühren

und Kostenersätze um 13,6% mehr Erträge erbringen sollen, vor allem weil die Gerichtsgebühren, die mehr als die Hälfte dieser Einnahmen ausmachen, im Gegensatz zu den Vorjahren realistischerweise um mehr als 25% höher angesetzt sind, nehmen die Einnahmen aus Besitz und Unternehmungen nur um 2% zu.

Für die *Einnahmen der Bundesbetriebe* ist nur ein Zuwachs von 7,8% präliminiert. Die Schätzung berücksichtigt die recht unterschiedliche Einnahmementwicklung im Jahr 1971. Während die Post Mehreinnahmen von 200 bis 300 Mill. S erzielen wird, stagnieren die Leistungseinnahmen der Bundesbahnen, und ihre Gesamteinnahmen werden den Voranschlag nur knapp erreichen. Mindereinnahmen zeichnen sich vor allem im Transitverkehr auf Grund des Konjunkturrückganges in anderen Ländern ab.

Der überwiegende Teil der Betriebseinnahmen entfällt auf Leistungseinnahmen (1972: 88%). Sie sollen 1972 20,69 Mrd. S, um 8,4% mehr als im Voranschlag 1971, erbringen und etwas stärker zunehmen als die gesamten Betriebseinnahmen. Vor allem die Post will ihre Leistungseinnahmen um 11,3% steigern. Verglichen mit dem tatsächlichen Erfolg 1971 ist der Zuwachs gering und dürfte leicht erreicht werden. Die bereits angekündigten Erhöhungen der Bundesbahntarife sind im Budget noch nicht explizit berücksichtigt, doch würden die Bundesbahnen sonst die präliminierten Einnahmen kaum erreichen. Ergänzend zu den Leistungseinnahmen erwarten Betriebe Transfereinnahmen von 1,58 Mrd. S.

Einnahmen der Bundesbetriebe

	1970	1971	1972	Veränd. 1972 geg 1971
	Mill S			in %
Leistungseinnahmen	17.809	19.095	20.690	8,4
davon Bahn	8.394	8.752	9.285	6,1
Post	7.600	8.055	8.967	11,3
Laufende Transfereinnahmen	1.488	1.439	1.583	10,0
Von privaten Haushalten	819	832	906	8,9
öffentlichen Haushalten	669	607	677	11,5
Sonstige laufende Einnahmen	1.389	947	1.100	16,2
Einnahmen aus Vermögens- gebarung	144	279	77	-72,4
Gesamteinnahmen der Bundesbetriebe	20.830	21.760	23.450	7,8

Gerhard Lehner